

Grüne Kontinuität mit Austerität: Baden-Württemberg: Grün-Schwarz löst Grün-Rot ab

Scholz, Jendrik

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Scholz, J. (2016). Grüne Kontinuität mit Austerität: Baden-Württemberg: Grün-Schwarz löst Grün-Rot ab. *Sozialismus*, 43(9), 34-37. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47833-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Grüne Kontinuität mit Austerität

Baden-Württemberg: Grün-Schwarz löst Grün-Rot ab

von | Jendrik Scholz

In Baden-Württemberg haben die Grünen ihren Juniorpartner ausgewechselt. Statt mit den Sozialdemokraten regieren die Grünen seit Mai mit der CDU. Mit ihr wollen die Grünen ihre Politik der Austerität,¹ die restriktive Haushalts- und Finanzpolitik der Vergangenheit, fortsetzen.² Die Selbstbeschreibung der Grünen und der CDU in ihrem Koalitionsvertrag als Abbild der »bürgerlichen Gesellschaft in ihrer ganzen Breite« ist insofern zutreffend. In der Durchsetzung der Austerität zulasten der abhängig Beschäftigten, Sozialtransferempfänger und des öffentlichen Sektors

besteht der ideologische Kitt des neuen grün-schwarzen Bürgerblocks. Grün-Schwarz stellt sich selbst ausdrücklich in die Tradition des Neoliberalismus, indem es sich mit »Demografie« und »Nachhaltigkeit« zwei seiner wichtigen Begründungszusammenhänge zu eigen macht und erklärt, »weder in finanzieller noch ökologischer Hinsicht auf Kosten unserer Kinder leben zu wollen«.³ Folgerichtig hat Grün-Schwarz erklärt, in den nächsten vier Jahren 1,8 Milliarden Euro einzusparen. Um ganz sicher zu gehen, soll die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert wer-

den, was – aller grünen Beteiligungsrhetorik zum Trotz – der Selbstentmachtung des gerade demokratisch gewählten Landtages entspricht.

Das grün-schwarze Leitbild ist ein Schrumpfstaat mit ausgeglichenem Haushalt, der Unternehmer und Vermögende in Ruhe lässt, gleichzeitig aber Innovationen anstoßen soll, und in dem ansonsten munter über Bürgerbeteiligung, Nachhaltigkeit, sozialen Zusammenhalt und Zivilgesellschaft schwadroniert wird.⁴ In seiner Tutzingener Rede »Sinn der Bürgergesellschaft« einige Monate vor der Landtagswahl nannte



Winfried Kretschmann und Thomas Strobl am 18.8.2016 in Stuttgart (Foto: dpa)

der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann »gewisse Tendenzen, die dem bürgerschaftlichen Engagement entgegenwirken« würden: »Fort-schreitende Individualisierung«, »zu-nehmende Komplexität« – und »ein Übermaß an Konsum«. Nicht soziale Ungleichheit, Armut und immer prekäre Arbeit identifizierte er als Haupt-gefahren für mehr Beteiligung und De-mokratie, sondern zu viel Konsum. Dabei haben ausweislich des baden-württembergischen Armuts- und Reich-tumsberichts Armut und prekäre Arbeit in den letzten Jahren auch in Baden-Württemberg erheblich zugenommen,⁵ was wiederum auch negative Auswir-kungen auf die demokratische Betei-ligungskultur hat: Die Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl war in den beiden badischen Städten Karls-ruhe und Freiburg umso geringer, je är-mer die Menschen, und umso höher, je reicher die Menschen waren, wie eine Untersuchung der Bertelsmann Stif-tung zeigt.⁶ Deutlich ist dieser Studie zu-folge auch der positive Zusammenhang zwischen Wohneigentum und hoher Wahlbeteiligung in der grünen Hoch-burg Freiburg: »Je höher der Anteil von Ein- und Zweifamilienhäusern in einem Stadtteil, desto höher ist auch die Wahl-beteiligung, und je stärker die Bebau-ung geprägt ist von großen Miets- und Hochhäusern, desto unterdurchschnitt-licher ist auch die Wahlbeteiligung.«

Der Berliner Bewegungsforscher Pe-ter Grottian charakterisierte die grüne »Demokratie des Gehörtwerdens«, für die mit Gisela Erler in Stuttgart eine ei-gene Staatsrätin verantwortlich zeich-net, bereits im Jahr 2012 im Zuge der Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 als »ein diffuses Konzept von oben und keine Ermutigung von unten«.⁷

Unten sind die Realitäten andere: Im Jahr 2015 waren bereits 37,8% aller so-zialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Teilzeit (20,8%), der Leiharbeit (2,2%) oder einem Mini-Job (14,7%). Zwölf Jahre zuvor betrug der Anteil der derart atypisch Beschäftigten erst 29,0%.⁸

Von Niedriglohnbeschäftigung und Arbeitslosigkeit ihrer Eltern sind auch in Baden-Württemberg vor allem Kin-der betroffen. Ein typisches Beispiel ist

auch hierbei die Stadt Freiburg. Dort lebten im Jahr 2013 4.477 Kinder in Fa-milien, die die Grundsicherung von Ar-beitssuchenden (Hartz IV) erhielten. Die Zahl der Kinder in Bedarfsgemein-schaften der Grundsicherung ist dem-nach in Freiburg von knapp 4.200 im Jahr 2005 zunächst in den weiteren Jahren auf 4.800 stark angestiegen, um dann seit 2012 bei etwa 4.500 zu ver-harren. Insgesamt leben im reichen Ba-den-Württemberg mit seiner vergleichs-weise niedrigen Arbeitslosenquote von unter 4% 122.000 Kinder (»nicht er-werbsfähige Leistungsberechtigte unter 15 Jahren«) in Hartz-IV-Familien.⁹

Ende des Jahres 2013 bezogen in Ba-den-Württemberg nach Angaben des Statistischen Landesamts fast 50.000 Menschen Grundsicherungsleistungen für Ältere über 65. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der über 65-jährigen Grundsicherungsbezieher in Baden-Württemberg demnach um 74% erhöht.

Mehr als jeder zweite Erwerbstä-tige in Baden-Württemberg verdient weniger als 1.500 Euro netto im Mo-nat.¹⁰ Eine durchschnittliche Miete für eine Wohnung in durchschnittlicher Lage und Ausstattung in Stuttgart be-trägt nach Berechnungen des Mieterver-eins Stuttgart 728 Euro. Eine Stuttgar-ter Miete halbiert also das verfügbare Einkommen jedes zweiten Arbeitneh-mers: 50% des Einkommens muss für die Miete aufgebracht werden.

Im Gegensatz zu den grünen Eigen-heimbesitzern können sich normale Ar-beitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber keinen grünen Schrumpfstaat lei-sten. Sie sind auf attraktive und bezahl-bare öffentliche Güter zwingend ange-wiesen. Auch angesichts der starken Zuwanderung braucht Baden-Württem-berg mehr öffentliche Investitionen in Wohnungsbau, Krankenhäuser, öffent-lichen Nah- und Regionalverkehr, Brü-cken und Straßen, Kindergärten, Schu-len und öffentliche Gebäude.

Die Kehrseite des grünen Wahlerfolgs und der grün-schwarzen Regierungsbil-dung ist die Niederlage der SPD wie der Linken und der Erfolg der rechtspopu-listischen AfD:

Die Linke mit ihrem Bundesvorsit-zenden Bernd Riexinger als Spitzenkan-

didaten scheiterte mit nur 2,9% deutlich am Einzug in den Stuttgarter Landtag. Die SPD liegt mit nur 12,7% auf einem historischen Tiefststand. Unter dem Eindruck der starken Zuwanderung, die für Bezieher kleiner und mittlerer Ein-kommen aus der Wählerklientel der Linken und der SPD auch mehr Konkur-renz um Arbeitsplätze, Wohnungen und Kindergartenplätze bedeutet und inso-fern als soziale Bedrohung empfunden wird, wechselten nach Angaben von in-fratest dimap 22.000 frühere Linken- und 90.000 frühere SPD-Wähler zur AfD, die 15,1% erhielt. 28% der Linken-Wähler nannten die »Flüchtlinge« als entscheidendes Thema. 25% der Arbei-ter und 27% der Arbeitslosen stimmten für die AfD. Damit ist die AfD unter Ar-beitlosen und Arbeitern die stärkste Partei in Baden-Württemberg. Umge-kehrt haben die Grünen mit 32% und die CDU mit 31% den höchsten Zu-spruch unter den Selbständigen, sodass

Jendrik Scholz arbeitet als Abteilungsleiter Ar-beits- und Sozialpolitik beim DGB Baden-Württ-emberg.

¹ Vgl. z.B. www.bpb.de/apuz/217993/austeri-taetspolitik-als-gesellschaftliches-projekt?p=all.

² www.faz.net/aktuell/politik/inland/baden-wuerttemberg-zur-verantwortung-gezwungen-14145270.html.

³ Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württem-berg und CDU Baden-Württemberg: Koalitions-vertrag 2016-2021, www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/160509_Koalitionsvertrag_B-W_2016-2021_final.pdf.

⁴ Kretschmann, Winfried: Regierungserklä-rung »Auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie für Baden-Württem-berg« am 26.3.2014, Stuttgart.

⁵ Scholz, Jendrik: Beitrag des Deutschen Ge-werkschaftsbunds zum Ersten Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Baden-Württem-berg 2015, www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/45466/ssoar-2015-scholz-Beitrag_des_Deutschen_Gewerkschaftsbunds_zum.pdf?sequence=3.

⁶ Schäfer, Armin/Vehrkamp, Robert/Gagné, Jérémie Felix: Prekäre Wahlen – Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013, Gütersloh 2013, www.wahlbeteiligung2013.de/fileadmin/Inhalte/Stu-dien/Wahlbeteiligung-2013-Studie.pdf.

⁷ Grottian, Peter: König Winfried, der Zaude-rer, Kontext 5.9.2012, www.kontextwochenzeitung.de/debatte/75/koenig-winfried-der-zau-derer-999.html.

⁸ Hans-Böckler-Stiftung: Datenbank aty-pische Beschäftigung, www.boeckler.de/apps/atypischebeschaeftigung/index.php, eingesehen am 27.6.2016.

⁹ Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarktre-port Land Baden-Württemberg, November 2014.

¹⁰ Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Würt-temberg, Statistisches Taschenbuch 2012, S. 30.

beide sich bzw. ihre Koalition zurecht als »bürgerlich« bezeichnen können. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern erzielte die AfD nach den Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen mit 15,7% ebenfalls ein sehr gutes Ergebnis.

Die grüne Aufforderung zu mehr politischer Beteiligung haben bisher nur die Arbeitgeberverbände ernst genommen und materiell mit Leben erfüllt: Nach Angaben des Bundestagspräsidenten überwies der Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg im Jahr 2015 den Grünen 110.000, der CDU 150.000, der FDP 100.000 und der SPD 60.000 Euro.¹¹

Die Sachinvestitionen des Landes Baden-Württemberg sind seit Beginn der 1990er Jahre deutlich zurückgegangen. Bis 1994 beliefen sie sich beispielsweise immer auf mehr als 1,0 Milliarden Euro im Jahr. In den Jahren 2014 und 2015 betrug sie – die Inflation noch gar nicht berücksichtigt – nur noch 817 bzw. 850 Millionen Euro.¹²

Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung des jeweiligen Jahres haben sich die Sachinvestitionen des Landes Baden-Württemberg (Sachinvestitionsquoten) in den letzten 25 Jahren halbiert; und unter dem grünen Ministerpräsidenten waren sie in der Regel schwächer als unter CDU-Ministerpräsidenten in den Jahren zuvor (siehe Abbildung 1).

Gleichzeitig hat sich der Schuldenaufbau des Landes Baden-Württemberg in den letzten zehn Jahren stark verlangsamt. Im Jahr 2014 betrug der Schuldenstand 44,8 Milliarden Euro, im Jahr 2012 ist er sogar erstmals auf 41,5 Milliarden Euro zurückgegangen, während er 2004 bei 39,5 Milliarden Euro lag. Noch deutlicher sichtbar ist der Erfolg der baden-württembergischen Austeritätspolitik, wenn die Schulden auf das Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Jahres bezogen werden (Schuldenquoten): Die Schuldenquote liegt im Jahr 2014 mit 10,2% inzwischen fast wieder auf dem Niveau des Jahres 1998 (10,0%) wie Abbildung 2 zeigt. Die Kehrseite der erfolgreichen Austeritätspolitik in Baden-Württemberg ist also das sinkende Niveau der öffentlichen Investitionen.

Unter grüner Führung hat die ehemalige Landesregierung in den ver-

Abbildung 1: Sachinvestitionen des Landes Baden-Württemberg im Verhältnis zum BIP in Baden-Württemberg 1991–2015 (Sachinvestitionsquoten)

Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

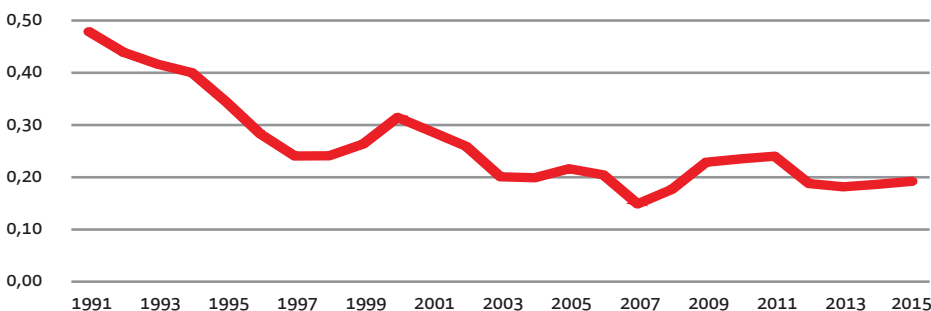


Abbildung 2: Schulden des Landes Baden-Württemberg im Verhältnis zum BIP in Baden-Württemberg 1991–2014 (Schuldenquoten)

Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

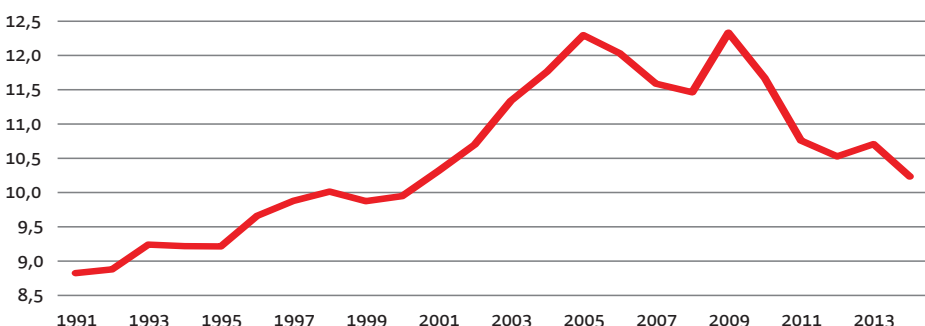


Abbildung 3: Entwicklung der Landesinvestitionen und Investitionszuweisungen an die Gemeinden 2011–2015 in Mio. Euro

Quellen: Ministerium für Wirtschaft und Finanzen Baden-Württemberg: Übersicht über die wichtigsten Eckdaten zur Haushaltsentwicklung des Landes Baden-Württemberg, Stand: 9.12.2015, 2011-2014: Ist-Zahlen, 2015-2016: Ansätze

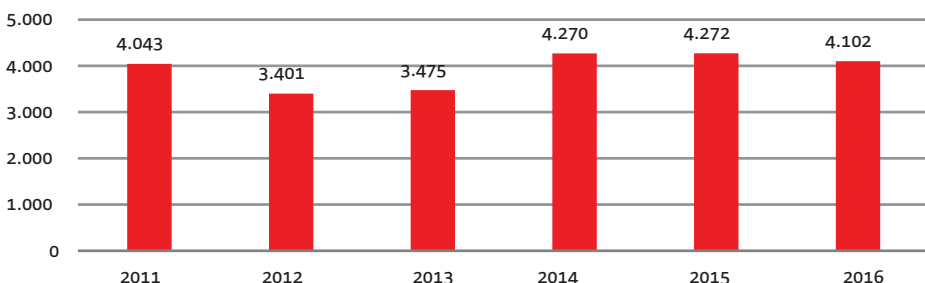
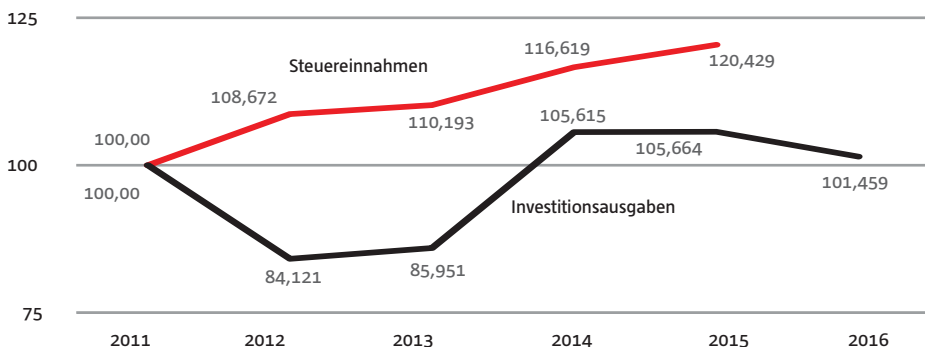


Abbildung 4: Vergleich der Entwicklung von Steuereinnahmen und Investitionsausgaben in Baden-Württemberg 2011–2016 (2011 Index = 100)



gangenen fünf Jahren die Investitionen des Landes einschließlich der Investitionshilfen an die Gemeinden bis zum Jahr 2013 weiter abgesenkt. Erst im Jahr 2014 hat die grün-rote Koalition die Investitionen um knapp ein Viertel auf 4,27 Milliarden Euro erhöht, in den beiden Folgejahren sind die Investitionen aber schon wieder leicht gesunken (siehe Abbildung 3).

Seit dem Jahr 2011 blieben die Investitionen unter grüner Führung deutlich hinter der Entwicklung der sprudelnden Steuereinnahmen zurück – wie Abbildung 4 zeigt. Der Schuldenabbau war den Grünen (und dem sozialdemokratischen Koalitionspartner) ideologisch viel wichtiger als Investitionen in die Zukunft des Landes.

Die Folgen der grünen Austeritätspolitik zeigen sich sowohl im Wohnungs- als auch im Gesundheitsbereich: Im Jahr 2014 wurden in Baden-Württemberg nur 32.000 Wohnungen fertiggestellt. Der Bedarf ist aber mit 70.000 neuen Wohnungen doppelt so hoch. Die Folge sind steigende Mieten, unter denen insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Ballungsgebieten leiden: Ihr verfügbares Einkommen sinkt, und es droht ihnen Verdrängung aus der Stadt, was wiederum zu immer längeren Pendlerbewegungen zur Arbeit, Umweltbelastungen und zu weiteren zusätzlichen Kosten für die Betroffenen führt. Wegen der starken Zuwanderung nach Baden-Württemberg von zuletzt 150.000 Menschen pro Jahr werden weitere 30.000 Wohnungen pro Jahr benötigt, sodass insgesamt 100.000 Wohnungen im Jahr neu gebaut werden müssten. Der Deutsche Mieterbund Baden-Württemberg fordert, für den Neubau wenigstens 6.000 neuer Sozialwohnungen pro Jahr in den Ballungsgebieten und Universitätsstädten 250 Millionen Euro pro Jahr aus Landesmitteln neben den Fördermitteln des Bundes in Höhe von 80 Millionen Euro zu mobilisieren. Die Grünen teilten in ihrem Wahlprogramm zwar die Diagnose des Mieterbunds, wonach »günstige Wohnungen für junge Familien und Menschen mit geringem Einkommen« fehlen würden.¹³ Aussagen darüber, wie viele neue Wohnungen mit welchen finanziellen Mitteln des Landes

im Jahr entstehen sollen, fehlen allerdings im Wahlprogramm der Grünen.

Knapp die Hälfte der Krankenhäuser in Baden-Württemberg schloss das Jahr 2014 mit einem Defizit ab. Ein wesentlicher Grund dafür ist neben der unzureichenden Finanzierung der Betriebskosten die nicht ausreichende Finanzierung der notwendigen Investitionen durch die von den Grünen geführte Landesregierung. Dadurch wurden die baden-württembergischen Krankenhäuser gezwungen, unabdingbare Investitionen, für die normalerweise das Land Baden-Württemberg verantwortlich ist, aus ihren Betriebsmitteln zu finanzieren, die eigentlich für die Versorgung der Patientinnen und Patienten vorgesehen sind: Baustellen werden durch Personalstellen querfinanziert. Die daraus folgende Reduzierung der verfügbaren Personalmittel führt zu Personalabbau, untragbarer Arbeitsverdichtung der Beschäftigten und Qualitätsproblemen auf den Stationen, die auch die Gesundheit der Patientinnen und Patienten gefährden. Zwar hat die grün-rote Landesregierung seit dem Jahr 2011 ihre Krankenhausinvestitionen von 330 auf zuletzt 455 Millionen Euro pro Jahr erhöht, erforderlich sind aber nach Berechnungen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mindestens 660 Millionen Euro im Jahr.¹⁴ Zusätzlich beträgt der Investitionsstau aus der Vergangenheit nach Angaben der Krankenhausgesellschaft Baden-Württemberg 800 Millionen Euro.

Mit ihrer ausdrücklichen Unterstützung von Schuldenbremse und Fiskalpakt betätigen sich die Grünen als Investitionsbremse. Für die Grünen – wie auch ihren schwarzen Koalitionspartner – ist auch in Zeiten niedrigster Zinsen bzw. Nullzinsen eine Finanzierung öffentlicher Zukunftsinvestitionen über Kreditaufnahmen ein politisches Tabu. Unterlassene öffentliche Investitionen in der Gegenwart potenzieren sich in der Zukunft aber als ungleich höhere Folgekosten beispielsweise wegen Getriebildung, Bildungsmängeln und Kriminalität. Nachhaltig in einem fortschrittlichen und nicht, wie bei Grün-Schwarz, in einem neoliberalen Sinne wäre hingegen, heute in die Zukunft Baden-Würt-

tembergs zu investieren statt morgen mit weit höheren Kosten reparieren zu müssen.

Eine Kurswende der grün geführten Koalition weg von der Austerität und hin zu Zukunftsinvestitionen und mehr sozialer Gerechtigkeit ist in Baden-Württemberg nicht in Sicht. Weder macht sich die neue grün-schwarze Koalition für eine Finanzpolitik stark, die alle Spielräume für mehr Investitionen im Rahmen des herrschenden Rechtsrahmens ausnutzen und eine Neuverschuldung in Höhe der Nettoinvestitionen ermöglichen würde, noch für eine Steuerpolitik auf der Landesebene, die den Steuervollzug erheblich verbessern und damit Mehreinnahmen ermöglichen würde. Auch eine Steuerpolitik auf Bundesebene, die hohe Einkommen und Vermögen stärker an der Finanzierung öffentlicher Investitionen beteiligen würde,¹⁵ liegt außerhalb der Vorstellungen der grün-schwarzen Koalition. Kein Thema für Grün-Schwarz ist auch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer, deren Aufkommen dem Land Baden-Württemberg zugutekäme und die das Betriebsvermögen nicht wie bisher weitgehend steuerfrei stellen würde. Ver.di hat ein mit den Effekten für Baden-Württemberg durchgerechnetes Steuerkonzept mit derartigen Schwerpunkten vorgelegt, wonach Baden-Württemberg und seine Gemeinden sich mit 10,3 Milliarden Euro im Jahr besserstellen würden – viel Geld, das für wichtige Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden könnte.

¹¹ www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/fundstellen50000/2015.

¹² Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Personalausgaben, Sachinvestitionen und Schuldenstand des Landes und der Gemeinden/Gv.

¹³ www.gruene-bw.de/app/uploads/2016/01/GrueneBW-Landtagswahlprogramm-2016.pdf.

¹⁴ https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Milliarde-Krankenhaeuser_2015.pdf.

¹⁵ Vgl. DGB-Bundeskongress 2014, Beschluss des Antrags E 001 »Für einen handlungsfähigen Staat und eine gerechtere Steuerpolitik«, Berlin, <http://bundeskongress.dgb.de/++co++223f3758-6dbb-11e4-b2e1-52540023ef1a>.